

Halleische Reform.

Organ für das werththätige Volk.

Verleger: Otto Schröder. Verantwortlicher Redakteur: C. Schröder, Halle a. S., Unterberg 3.

Für unbenutzt zugesandte Manuscripte übernimmt die Redaktion keine Verbindlichkeit.

Erscheint jeden Sonnabend.
Bisectjahrespreis: frei ins Haus 1 M. 25 Pf.
für Halle und Umgebungen.
Einzelnnummer 10 Pf.

Halle a. S., den 21. Mai 1898.

Durch die Post: 1 M. 50 Pf. excl. Bestellgeld.
(Post-Zeitungsliste Nr. 3162.)
Inserate: die viergespaltene Zeitspalte 15 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition: Unterberg 3.

Wahlaufruf.

Am 16. Juni finden die Wahlen zum Reichstage statt, die für unser ganzes Volk, im besonderen aber auch für unsere Deutsch-soziale Reformpartei von hervorragender Bedeutung sind.

Herausgewachsen aus den Bedürfnissen und Gedanken einer neuen Zeit ringt sich unsere junge Partei auf Kosten der alten Parteien empor und wird darum von allen Seiten heftig bekämpft. Gegenüber dem hier und da untergenommenen Veruche, uns ansehnlich der sogenannten staatsferhaltenen und nationalen Parteien einen Platz anzuwiesen und uns als verwandt mit der Sozialdemokratie hinzustellen, betonen wir, daß wir in unabweisbarer Treue zu Kaiser und Reich stehen und als eifrige Befürworter umfassender zeitgemäßer sozialer Reformen gerade die schärfsten Gegner aller sozial-revolutionären Bestrebungen sind.

Die noch kurz vor Schluß des Reichstages erfolgte gesetzliche Regelung unserer Beibracht zur See vereinfacht den bevorstehenden Wahlkampf erheblich: Unter missbräuchlicher Ausnutzung „nationaler Wahlparolen“ sind in früheren Zeiten oft unnatürliche Bündnisse geschlossen, bei denen die wirtschaftlichen Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Stände Schaden erlitten.

Auf Grund der Ueberzeugung, daß nur ein in seinen verschiedenen Erwerbsgruppen wirtschaftlich gesundes Volk die Macht des Deutschen Reiches nach außen und seine Blüthe im Innern dauernd zu gewährleisten vermag, glauben wir die beste nationale Politik zu treiben, wenn wir den Wählern empfehlen, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen.

Mit Genugthuung dürfen wir darauf hinweisen, daß der Kaiser selbst am 18. Juni v. Jhr. auf dem Sparenberge bei Bielefeld „den Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände und Kräftigung eines gesunden Mittelstandes“ als sein Programm hingestellt, und daß der Finanzminister von Miquel dann am 15. Juli diese Worte seines Herrn in seiner Rede zu Wünnigen bei Solingen also erläutert hat: „Der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft überhöhten Kräfte überhaupt reichen, denen vor allem seine Fürsorge zuwenden, die sich in schwieriger Lage befinden und unter besonderer Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und gerechte Beurteilung wird nicht leugnen, daß heute die Mittelklassen in Stadt und Land, daß vor allem die Landwirtschaft treibende Bevölkerung zu diesen gehört.“

Wir stellen fest, daß in diesen Worten die von uns beharrlich behauptete und so oft bestrittene Nothlage des gesammten schaffenden Volkes zugegeben, und die Berechtigung anerkannt wird, die Mittelstandsfrage zum Kernpunkte eines Programms zu machen.

Aber wir müssen leider auch feststellen: Seit den Reden auf dem Sparenberge und in Wünnigen ist nichts geschehen, was darauf schließen ließe, daß in den leitenden Kreisen für den Schutz des Mittelstandes nun auch wirklich „mehr Dampf“ gegeben werde. Das Organisationsgesetz für das Handwerk ist völlig ungenügend ausgefallen, gerade die ausschlaggebenden Forderungen des Handwerks erfüllt es nicht. Im preussischen Abgeordnetenhause hat Herr von Miquel erst jüngst erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, die Kleingewerbetreibenden durch eine Reichs-Umsatzsteuer auf Großwaarenhäuser gegen die Vernichtung durch das Bazarmittel zu schützen. Das Schreckbild, das Herr von Miquel vorführt, es könnten, wenn man den Kleinfachmann schütze, auch die Kleinen in allen anderen Gewerben ähnlichen Schutz verlangen, erscheint uns als Nachklang mandepflichtiger Anschauungen. Wir wünschen vielmehr, daß in allen Ständen die Kleinen ihre Stimme laut erheben und das fordern,

was die Programmreden vom Sparenberge und von Wünnigen ihnen verheißen haben.

Ebenso zeigt der Verlauf der Bepredung über die Interpellation wegen der Einfuhr gesundheitschädlicher Fleischwaaren, die für alle Konsumenten schwere Gefahren birgt, unseren Landmann und das Schlächtergewerbe aber empfindlich schädigt. Auch hier nur allgemeine, behnbare Erklärung der Regierung, aber kein entschlossenes Zugreifen, nicht das unerlässliche Einfuhrverbot.

Ebenso ist es unieren Bemühungen um die Verbesserung der Lage der kleineren und mittleren Beamten noch nicht gelungen, dem Grundgedanke Geltung zu verschaffen, daß man dabei von unten anfangen muß und nicht von oben.

Auf die eigene Einsicht, auf Selbsthilfe ist also der Mittelstand nach, wie vor angewiesen. Der gute Wille, der oben vorhanden ist, bedarf der Unterstützung mitten aus dem Volke heraus, um die Hemmungen zu beseitigen, die der versprochenen Mittelstandspolitik, der unerlässlichen Sozialreform, von dem Großkapital und dem Judenthum bezetelt worden. Daß den Worten auch gegenbringende Thaten folgen, dafür müssen die Wähler selbst sorgen, indem sie die Reformpartei schaffen, die der vorläufig noch rathlosen Regierung die Wege weist.

War im abgelaufenen Reichstage unsere Aufgabe vorwiegend die Kritik der durch die alten Parteien begangenen Fehler und der Hinweis auf die Mittel zur Abhilfe, so müssen wir nunmehr auf Verstärkung unserer Richtung bedacht sein, denn der neue Reichstag wird vor Fragen von höchster Bedeutung für die Lebensinteressen des gesammten Volkes gestellt. Von allen Parteien hat allein die Deutsch-soziale Reformpartei geschlossen die Capriwischen Handelsverträge bekämpft, die in den Jahren 1903 und 1904, also während der nächsten Reichstagsperiode ablaufen. Eine Erneuerung dieser Verträge, bei denen die deutsche Produktion schweren Schaden genommen, lehnen wir ab. Wir werden nur einer Handelspolitik zustimmen, die der deutschen Landwirtschaft den zehn Jahre lang vernünftigen Schutz gegen die Erzeugnisse des russischen und amerikanischen Raubbaues gewährt und dadurch die einheimische Kaufkraft stärkt.

Bei dem Neuaufschluß von Verträgen mit auswärtigen Staaten werden wir zugleich unser Hausrecht gegen ausländische Juden zu wahren haben. Es war eine beschämende Thatsache, daß der Antrag auf Verbot der Judenemigration vom Regierungstische als mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar erklärt werden konnte.

Mit dem Schluß des Jahrhunderts läuft das Privilegium der unter dem Namen „Reichsbank“ bestehenden Aktienbank ab. Eigentümer der Reichsbankanttheile waren am 31. Dezember 1897 neben 6218 Inländern 1802 Ausländer, die 10 353 Anttheile, also mehr als den vierten Theil des Kapitals besaßen. Der neue Reichstag hat zu bestimmen, ob er weiterhin die Verlängerung des Reichsbankprivilegiums, wie der Reichstag von 1889, beifällig hat oder ob er eine wirkliche nationale Reichsbank schaffen will. Die Verstaatlichung der Reichsbank erscheint uns als das geeignete Mittel, um der Bevorzugung des Großkapitals eine Grenze zu ziehen und die dem Handwerke, dem Gewerbe und der Landwirtschaft dienenden Institute durch Zuführung billigen Geldes zu unterstützen. Keine andere Partei hat bisher offen und frei die Umgestaltung der Reichsbank vertreten, wie sie von hervorragenden Sozialpolitikern seit lange gefordert wird. Die Reichsbankfrage wird zugleich Anlaß geben zu einer Nachprüfung der Bierreformgesetzgebung und der Erwägungen, wie dem unheimlichen Wachstum der Großbanken eine Grenze gezogen werden kann.

Die gefährliche Wirkung des Großkapitalismus zeigt sich auch in dem Emporwachsen der Großbazare

und Waarenhäuser, die Tausende von fleißigen Klein-Gewerbetreibenden zu Grunde richten, ohne dem laufenden Publikum nennenswerthen Nutzen zu bieten. Wir werden nach wie vor allen Auswüchsen im Gewerbetreiben entgegenreten und die Gesetzgebung in diesem Sinne zu beeinflussen bemüht sein. Unsere Forderung läßt sich kurz dahin zusammenfassen:

Schutz der ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land.

Ueber die Durchführung dieses Schutzes für die einzelnen Berufsgruppen vorbereitet sich eingehend unser Programm, das wir im Gegensaß zu den Gewohnheiten der alten Parteien den weitesten Kreisen der Wählerschaft nach Möglichkeit zugänglich machen.

„Nicht alles von oben erwarten“ soll das Volk nach einem unbergelichen Worte des Königs von Sachsen. Deshalb wollen wir mitten aus dem Volke Helfer schaffen zur Durchführung des oben erwähnten Kaiserl. Programms. Der Stimmzettel ist die Waffe, die dem schaffenden Volke gegeben ist, um sich seiner Bedrücker und Ausbeuter zu erwehren. Im Gegensaß zu den launen Freunden und geheimen Feinden des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts verteidigen wir das bestehende Reichswahlrecht und wollen es in keiner Weise beschränkt wissen. Der Ausbau eines freien Veranlagungs- und Vereinsrechts ist anzustreben unter Verwerfung all der Kürzungen und Beschränkungen, wie sie neuerdings von alten Parteien in selbstsüchtiger Sorge um die Erhaltung ihrer Machtstellung, aber ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, versucht werden.

Durchgreifende Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete einerseits, Erhaltung wohlverworbener Volksrechte andererseits, durch die Verbindung dieser beiden Grundforderungen unterscheiden wir uns von den Parteien links und rechts.

Geint ziehen die Antisemiten, die sich früher in Reformen und Deutsch-Soziale schieden, in die Wahlschlacht. Zahlreiche Wahlkreise sind endlich in Angriff genommen. Dort, wo bindende Abmachungen für bestimmte Kandidaten unter Zusichungen anderer Parteigenossen nicht getroffen sind, richten wir an letztere das Ersuchen, bekannte Führer der Partei Wahlkandidaten aufzustellen, um zu zeigen, daß auch in diesen Kreisen der antisemitische Gedanke Wurzel gefaßt hat.

Das Vaterland erwartet in der ersten Zeit, daß jedermann am Wahltag seine Schuldigkeit thut!

Berlin, den 6. Mai 1898.

Die Fraktion der deutsch-soz. Reformpartei.
S. A.: Zimmermann, Liebermann von Sonnenberg.

Halle.

— „Die Noth des Volkes und die Parteien“ war das Thema, welches am Dienstag durch den antisemitischen Kandidaten Herrn Weller in seinem Vortrage im „Prinz Carl“ behandelt wurde. Voreist beleuchtete er den Bericht der Saale-Ztg. über die letzte Verammlung. Der Berichterstatter oder wer (?) hat den liberalen Unfinn fertig gebracht, die wissenschaftliche Unwahrheit den Lesern vorzuführen, so daß sich sogar der Kladderadatsch darüber wunderte. Darauf wandte sich Redner zu der conservativen Partei; er behauptete, diese heuchle die hervorgerohene Einigkeit, sie laute von einem gemeinsamen Kandidaten und behauptete, unser Vorgehen sei eine indirecte Unterstützung der Sozialdemokratie. Er verbitte sich, daß sich die Conservativen in uniere Parteifache mischen; die Behauptung, die Antisemiten wären die Vorkämpfer der Sozialdemokratie, sei nur eine Retourkarte, die haben die Conservativen in anderen Wahlkreisen bewiesen. Die jogen. Sammelpolitik rühre von Miquel her und be-

deute eine Auffrischung des alten Cartells, man wolle der Sache nur ein Mäntelchen umhängen.

Herr Welfer beleuchtete dann die politische Vergangenheit der nationalliberalen Partei und legte dabei klar, daß das ganze Machwerk nur eine künstliche Erhebung derselben sei. Diese fördere den Zwiepsalt, der zwischen Großkapital und Mittelstand bestehe. Wer nicht will erhalten den Bauern- und Mittelstand, das ist der Sandwerker, kleine Kaufmann, Beamte u. s. w., und die Elitzgen des armen Mannes, der sei nicht werth, als national angesehen zu werden. Diese Partei sei nie im Reichstage geschlossen für den Mittelstand eingetreten und damit mühten wir rechnen.

Das Mandat, man müsse sich auf einen aussichtsreichen Kandidaten einigen, mit dem Freisinn und Nationalliberalen zusammengehen, bedeute, sich blind in die Hände seiner Gegner begeben.

Herr Welfer richtete an die abgefallenen Parteien den Mahnruf: Man muß an seinen Grundbüssen festhalten und nicht blind in die Hände einer nationalliberalen Partei laufen.

Es gebe noch eine Anzahl Minister und vortragende Räthe, die wohl an jedem 1. des Monats Tausende von Mark auf den Tisch gelegt bekommen, aber nicht wissen und erkennen wollen, wie es dem Volke zu Nutze sei und diese mühten hinaus befördert werden. Auch in unserer Gesetzgebung sind große Mängel abzupfeilen, denn mancher Richter müsse einen Gängel von dem er nicht weiß, daß er unschädlich gemacht werden müsse, laufen lassen, weil ihm ein Glied an der Beweiskette fehlt. Der kleine Mann könne zu schwer Recht finden; der Mann, der Geld habe, könne sich einen Advokaten nehmen, der die Hinterthüren aufmache. Die Hinterthüren sind Dinge der praktischen Verhältnisse und passen zu den Gesetzen die aus jener Zeit stammen.

Herr W. beleuchtete hierauf das Consumwesen, richtiger das Consum—nennen. Er sagt, dieses Unwesen ist eine Giftpille der Großbäzare. Die Macher haben nur die Dividende, nicht aber das Ganze im Auge, es ist dies im Kleinen, was Nothschick im Großen ist. Es ist diese Einrichtung die Proxiz der liberalen Gesetzgebung und daher unsere soziale Pflicht zu fordern, daß solchen Schwundbeiden Einhalt geboten wird. Das Armeemarinehaus, Beamtenconsumvereine u. s. w., das sind Auswüchse gegen den Mittelstand.

In längerer Ausführung beleuchtete Herr W. das Submissionswesen und die Justizhausarbeit, er sagte dabei: Wir zahlen Steuern zur Erhaltung der Justizhäuser und schaffen dem werthbärtigen Völk eine Concurrenz. Man möge richtiger Verbrechen in Colonien schaffen, damit sie sich als ordnungsliebende Menschen zum Wohl des Staates emporarbeiten können. Die Liberalen wollen sich aus „Humanität“ zu solchen Maßnahmen nicht verstehen. Die Liberalen sind Zudenschießer und die Conservativen unterthünen solche.

Miquel will die Gemeinden berechtigen, die Consumvereine zu besteuern, diese Besteuerung umgeht man dadurch, daß dann Actienvereine gegründet werden und wir sind nicht gebessert. Filialsteuer soll eingeführt werden, auch diese würde die Zudenschießerei zu umgehen wissen, sie werden mit einem Commis einen Kaufvertrag abschließen, wonach derselbe alle Waaren von ihm kaufen muß, wie wir die Fälle bereits haben und uns ist wiederum nicht gehalten. Uns kann einzig und allein nur die Einführung einer progressiven Umsatzsteuer und einer progressiven Reichseinkommensteuer etwas nützen. Man will die Gelder von dem holen, von dem sie zu holen sind, aber den Mittelstand entlasten. Entscheidende Gegner dieser Forderung sind die Liberalen. Wir können mit Recht fordern, daß die Zinserrträge, welche Nothschick, Krupp und wie sie alle heißen, nicht ausgeben können, wieder an den Staat zurückzuführen, das ist sozial, das fordern die Antisemiten.

Nun der Schwundel von der Botvertheuerung. Die um diese Jahreszeit in allen Ländern hervorgerufene Vertheuerung rührt nur von jüdischen Speculantenbänden her, nennt man bei dieser Behauptung einen Juden, dann schreiben die Liberalen, lassen sich aber schlimmer behandeln als die Hunde. — Woher die Brotvertheuerung kommt, wollen wir hierbei hervorheben: (D. Red.)

Unnatürliche Getreidepreise. Unsere Getreidepreise haben seit Anfang der siebziger Jahre, wo sich unsere ganze Volkswirtschaft in einem Ausnahmestand befand, dreimal eine außerordentliche Höhenlage erreicht: 1891, 1894—95 und jetzt. Bei näherem Zusehen wird man in jedem Falle dieselbe Erscheinung finden, daß in den natürlichen Verhältnissen wohl wohl Gründe für eine Preisbewegung in diesem oder jenem Sinne gegeben waren, daß sich dann aber alsbald die Speculation der Lage bemächtigte und diese Preisbewegung in einer Weise übertrieb, die keine Grenzen mehr kannte. Im Jahre 1891 war es die Firma Witter & Blumenthal, welche die Mißernte Rußlands zu einer Hausspeculation in Roggen ausnutzte. Wie später vor Gericht zu Tage kam, trat sie der Firma Israel Koppel, die über Berlin verhängte Roggenpreise zu durchbrechen drohte, um dies zu verhindern

mit einem Verlust von 105 000 M. Waare unter dem Tagespreise ab. An früher Erinnerung ist es noch wie dann wenige Jahre später die Firma Cohn und Rosenberg umgekehrt zum Zwecke einer Hausspeculation Berlin und die Vornmärkte überfüllte, nachdem sie der geängstigten Gegenpartei sogar die Speicherräume wegemietet hatte. Für den aufmerksamen Beobachter konnte es kein Zweifel mehr sein, daß sich die Speculation auch jetzt wieder der Lage bemächtigt hatte, und daß die augenblicklichen Weizenpreise von 250 M. und darüber nur zum Theil die Folge eines wirklichen Mangels an Waare, guten Theils aber das Ergebnis eines künstlichen speculativen Eingriffs seien. Unsere Bauern haben natürlich davon nichts. Das steht alles die Börse in die Tasche.

Herr W. behauptet mit Recht, daß den Landwirten an dieser Vertheuerung keine Schuld treffe, denn um diese Zeit habe er gar kein Getreide mehr zu verkaufen. Hätten wir das Judengefindel nicht, dann hätten wir kein Gesetz betreffs richtiger Firmierung zu schaffen brauchen.

Man solle sich bei dieser Wahl hüten, sich von der in Sicht stehenden Wahlpaprole, welche das Cartell anwenden werde, belügen und betriegen zu lassen. Die Antisemiten betreiben praktische Politik, sie fordern: Jedem mit sein Recht und sein Erwerb gesichert bleiben.

Herr W. beleuchtete dann die sozialistische Theorie. Mit Recht fordern die Arbeiter, daß es ihnen besser gehe, jedoch die Agitatoren reden ihnen vor, was ihnen künstlich eingepaukt worden ist.ritt nun einmal ein solcher Galgenvogel einem gebildeten Redner gegenüber dann schreit die Motte, der hat's ihm aber gekostet u. s. w., ahnen aber nicht, wie dumm sie sind, lassen sich ein Schlaraffenland ausmalen, schauen dabei aber nicht einen Schritt vor sich. Schimpfen auf Siemens, die sie nicht bezahlen, bezahlen aber die Arbeitergroßen, die den Steuerbetrag weit übersteigt, damit die Agitatoren ein Festleben führen können.

Die Antisemiten scheuen sich nicht, die Wahrheit offen zu sagen, sind auch keineswegs bereit die Paradoxezitäten mit dem Cartell mitzumachen. Er Welfer würde die Fahne mit sicherem Hand führen und: „Für Gegner, schießt sie herunter, ich halte aus bis zum letzten Athemzuge!“ so endete er seinen Vortrag.

Als Gegner meldete sich der Arbeiter Seidel. Er brachte nur einige Broden hervor und sagte, er fände sich nicht mehr aus der sozialen Gesetzgebung heraus, er wolle lieber einen Conservativen als einen Reformier; Herr W. solle dafür sorgen, daß die Arbeiter besser geschult würden, dann war der Faden verloren und er verstand.

Als Zweiter trat der Schriftsteller, Lehrer em. Runge auf. Auch er hätte sich durch die Redegewandtheit des Herrn W. hindrängen lassen, den Ausführungen zuzustimmen, nur wünschte er noch einige Aufklärung. Die Verdamnung richtiger Justizhäuser hätte keine Licht- und Schattenseiten, es könnten unschuldig Verurtheilte mit hinausgeschleppt werden, auch Redakteure. Ihn schmerze es ungemein, daß die anderen Parteien so heruntergerissen worden seien. Söder sei der Ursprung der Antisemiten und diese hätten die Mutterpflanze bei Seite gesetzt. Er wolle also den Herren den Spiegel vorhalten. Die Börse sei für den Kaufmann, was für den Gelehrten die Universität ist. Er werde nun sehen wo er unterrichten kann (noch wohl am sichersten bei dem Methereverein, als dessen Begleiter er sich aufspießt. D. M.) Das Wort mußte ihm wegen seines Unverstandes entzogen werden.

Als Dritter kam Herr Professor Enchland. Der Arbeiter Seidel hat mir gefallen, er hat Sozialdemokratie und Arbeiter auseinandergehalten. Dem Arbeiter in Schule geboten, es herricht Schulzwang, leider denken diese Leute, wenn sie Schreiben und Rechnen gelernt haben, dann ist es genug. Herr Runge scheint ohne Partei zu sein, hat aber durchblicken lassen, daß er nur die Saale-Bez. lieft. Agrarisch ist Verurtheilt. Der f. Bt. eingebrachte Antrag Runge will die Getreidepreise auf eine mittlere Stufe bringen. Wenn Herr R. einen Landwirten kennt, der sich beklagt hat, nun könnte er die Wörtenberichte nicht mehr lesen, so ist dies eine hienverbrannte Ausrede, das kann er wohl noch, nur früher konnte er zugleich lesen, daß er kaputt ist. Ich stelle die Frage an Herrn Welfer, ob die Candidatur in Halle eine erste ist, da er noch anderswo aufgestellt ist.

Herr Enchland schilderte aus der vorigen Wahl die auf die conservative und nationalliberale Partei gefallenen Stimmen, wo erster 8 und letzter 7 tausend Stimmen erzielte. Gegen die Ausführungen des Herrn W. betreffs der Rechtspredung hob er hervor, daß es noch ein Armenrecht gäbe, er protestirte dagegen, daß nur der Recht bekäme, der Recht hat. — Die Conservativen hätten etwas nach links gehen müssen, von einer Rückschneiderei könne keine Rede sein, sie hätten aus der Noth eine „Dugen“ gemacht; wie schön! D. M. wenn alle dafür stimmten, dann wären die 10 Millionen Waulanfreier schon zu besorgen.

Nun kam der Auswärtige, er nannte sich Niemann und begann: „Es ist eine Unverständlichkeit von unferer

Partei, so gegen die Juden loszugehen,“ weiter kam er nicht, das Wort wurde ihm entzogen und da er sich weiter unverdächtig benahm, wurde er hinausgewiesen. (Dem Anscheine nach ist er ein Jude. D. M.) Herr Welfer konstairte, daß dieser Herr auf den Zettel geschrieben habe aus Hamburg zu sein, das genüge.

Sehr richtig hat Herr Professor Enchland den Arbeiter Seidel ermahnt, den Schulzwang nicht zu mißbrauchen, daß er nicht glauben solle, wenn er Rechnen und Schreiben gelernt habe, er berufen sei, sich in erste Dinge einmischen zu müssen. — Herr Runge hat versucht eine Lanze für den verbannten Dreyfus zu brechen. Wir Deutsche müssen unsere Ehre hoch halten, wenn Freisinnige vor den Juden zu Bunde treten, dann wollen wir nicht mit thun. Auf die Frage des Herrn Prof. S. gebe ich die Erklärung, daß ich in erste Wahlkreise nur auf vieles Drängen die Candidatur angenommen habe, weil der bereits aufgeleitete Candidat durch Todesfall in seiner Familie das Mandat zurücklegte. Fällt mir die Wahl in Halle zu, so erkläre ich hiermit, daß ich nur dieses Mandat annehme.

Der Candidat Dugend bekennt sich zum linken Flügel der nationalliberalen Partei und das ist freisinniges Fahrwasser. Wenn Herr Prof. S. eine Mittelhandpartei wünscht, dann hätte er zuvor S. Dugend wissen sollen, ob er auch Antisemit ist. In meinen Ausführungen über die Rechtspredung nach römischen Recht ist mir keineswegs eingefallen, den Richter- und Advocatenstand Ungerechtigkeiten vorzuwerfen, lasse es mir aber nicht freitig machen, daß Richter mit blutendem Herzen einen Verbrecher laufen lassen müssen, weil ihnen die Handhabe fehlt. Es giebt noch viele Widersprüche im Volkstheben. (Der vorige Redner hat sich unterdessen außerhalb des Saales höchst ungebührlich benommen. D. M.) Wenn z. B. ein kleiner Handwerker eine Klage aufstrengt will, wo der Betrag 300 M. übersteigt, so ist er gezwungen, sich einen Advokaten zu engagieren, wenn er das Geld dann nicht häufig hat, giebt Herr Prof. S. den Rath, greife nach dem Armenrecht. Das ist leicht gesagt; erstens wird ihm dies, solange er nicht arm ist, nicht gewährt, zweitens geht er seines Wahlrechts verloren und drittens ist es nicht Adermanns Sache, sich soweit zu erdienen. Die Ansicht im Volke: „Die großen Spitzhauen läßt man laufen, die kleinen hängt man auf“ (Zuruf: „Sehr wahr“) beweist, daß noch Vöcher im Rechtsleben vorhanden sind, die wir ausbauen müssen.

Der schlaue Gedanke „Sammelpolitik“ rührt von Miquel her; sehr schlaun hat er geredet, denn er bradte es dahin, daß die Berathung über Bestenuerung der Baarenhäuser einer Commission überwiegen wurde, es ist nur ein Trost, aber hoffen wir, daß es uns zum Segen gereichen möge. Am m. S. mittheilen Sie, ob wir Antisemiten als Vorkämpfer der Sozialdemokratie anzusehen sind. Wir betreiben nationale Wirtschaftspolitik und eine solche Partei sind wir und wollen wir sein, wir wollen den gesammten Mittelstand zusammenführen und diesen Gedanken opfern wir der „Sammelpolitik“ nicht.

Nodmann erhebt sich Herr Prof. S., welcher sagt: die Conservativen hätten geglaubt sich auf die Seite schlagen zu müssen, von der anzunehmen war, daß sie die meisten Stimmen erhalten werde (Zuruf: Sozialdemokratie). Er schildert noch die große Gefahr der Sozialdemokratie, den Sonntagsummel am 1. Mai, wo von Noth nichts zu sehen war. Nur eine nach Tausend zählende verführte Horde sei es gewesen, die zu allem fähig, wenn der Alkohol im Ueberflusse wäre. Ein Kursturz wie in Spanien käme auch bei uns, wenn er kommt, wolle er nicht prophezeihen. Die Sozialdemokratie sei eine elende jüdische Gründung. Herr Runge gab er noch Aufklärung über die pleienachenden Wörtenjuden, zumal er die Börse als eine Glücksbude geschilbert hatte.

Herr W. ermahnte zum Schluß die Conservativen, fürchten dürfen wir uns nicht, denn die Partei, die sich fürchtet, ist fertig und hat abgewirtschaftet. Nur auf die Art und Weise kommt es an, das verführte Volk zusammenzuführen, nicht mit Gewalt, nicht mit Zug und Trug, nein, mit geistigen Waffen muß die Gefundung des Volkes von der Familie heraus errungen werden.

Wie alle Juden kam auch der hinausgeworfene Niemann von der anderen Seite wieder hinein, wurde aber, bevor er den Versammlungssaal betreten konnte, gefaßt. Als er noch frech wurde und dabei einen etwas beleibten Herrn vor den Bauch rannte, machte man ihm den Prozeß. Man hielt ihn an den Füßeln seines langen Betrodes fest und einige deutsche Dreyfusen branten auf seinen Wangen. Einen Herrn von Viehhofe rufte seine Hand (No. 91/2) hierbei aus, die deutsche Faust machte den schätzbaren Schabbesdeckel durch eine sanfte Berührung zur Ziehmarmitta und die ichne Angsttröhre, vulgo Schontes-Hut, verließ nur noch als Brat den Saal.

Wie's gemacht wird! Notarielle Beglaubigungen hoher Abonementzahl sind in neuerer Zeit ein beliebtes Mittel der Kellame für Zeitungen geworden. Im Niserate anzuloten, lassen sich die Zeitungen von einem Artikel beschneiden, daß nach ihren Wägern

Offene Stellen aller Berufszweige.

Die Stellensuchenden, welche in die Bewerberliste bei uns eingetragen sind, machen wir darauf aufmerksam, dass sie zu den in der Reform abgedruckten offenen Stellen von uns noch nicht in Vorschlag gebracht sind, sich vielmehr direkt an die Adressen wenden müssen. Uns ist eine kurze Mittheilung über erfolgte Erlangung einer Stelle sehr erwünscht!

Kaufleute.

J. Mann f. uns. Tuchfabrik-Contor, der deutsche u. franz. Corresp. flott führen kann. Meldg. m. Geh-Anspr. Krause & Söhne, Görlitz.

Maschinenschreiber, der auch flott stenogr. kann. Act.-Ges. Electricitätswerke (vorm. O. L. Kummer & Co.) Niedersiedlitz b. Dresden.

J. Mann f. Contor u. Reise, welcher die Branche kennt, für m. Mühlen-geschäft p. 1. Juli. Bew. m. Anspr. n. O. V. 589 „Invalidendank“, Leipzig.

J. H. Commis sof. oder 1/7. f. m. Getreide-, Producten- und Kartoffel-exportgesch. f. Contor u. Reise. C. Rehbaum, Cöthen, Anh.

II Buchhalter, verh. f. uns. hies. Wirthschaft z. 1. Juli. Stenographie u. Maschinenschreiben Beding. Bew. m. Anspr. **Wrede & Sohn**, Hornhausen b. Oschersleben.

Commis, gew. Verkäufer für mein Colonialw.-Gesch. C. E. Voigt, Erfurt.

Für Expedition u. einfachere Correspondenz ein **Commis**. Off. m. Anspr. M. Schmede, Maschinenfabrik, Saalfeld a/S.

J. Mann, auch für Reise f. m. Versandgesch. z. 1. Juli. Gast. Krüger, Tuchfabriken, Cottbus.

Commis f. Getreidegesch. auf dem Lande. Ders. hat Lagerarb., kleine Reisen u. Correspondenz zu ü.ern. Zum 1. Juli. Off. m. Anspr. unter 0 g 61359 Rudolf Mosse, Halle a/S.

Contorist f. hies. Speditionsgesch. Branche erk. Off. unt. U h 61332 Rud. Mosse, Halle a/S.

Buchhalter z. 1. Juli ev. 1. Aug. nur erste Kraft. Off. mit Anspr. Zuckerfabrik, Glogau.

Verwaltung.

Gemeindebeamte, Bürogehilfen.

Büro-Assistenten-Stelle in uns. Armenverwaltung. Geh. 1200 Mk., Wohnungsg. 240 M., Kenntnis der poln. Sprache. Civilvers.-Bew. wollen sich b. 1. Juni meld. Der Magistrat, Beuthen, OS.

Polizeisergeant. Geh. 1200 Mk.: v. 3 zu 3 J. steigend, Kleidergeld 75 M. Meldg. mit Civilvers.-Schein bis 28. Mai. Magistrat, Halberstadt.

Gemeinde-Vorsteher bei nichtpens.-fähig. Geh. 2500 M. Dienstanf.wandenschädigung 2400 M. f. Beschaffg. der Büroräume etc. Bewerb. mit Lebensl. bis 15. Juni an Gemeinde-Vorstand zu Stellingen-Langenhelde.

Kreiscommunal-u. Kr. issparkassen Rendantenstelle d. Kr. Thori zu bes. Geh. 2100 Mk. steigt bis 3600 Mk. Wohnungsg. 432 M., Kaution 7500 M. Bew. bis 1. Juni. Probezeit 6 Mon. Der Kreisausschuss Thorn.

Thierarzt p. 1. Juli zur Ausüb. d. obligat. Fleischbeschau u. Trichinenschau m. Geh. v. 1500 M. Ausüb. d. Praxis gestattet. Später soll ihn die Inspectorstelle d. zu erbauenden Schlachthauses übertragen werden. Bew. bis 30. Mai, Stadtrath Ritter, Ohrdruf.

4 Schutzmannstellen p. 1. Aug. Pensionsber. Anf.-Geh 900 M. steigt bis 1200 Mk. Ansserdem 100 Mk. Bekleidungsge. p. A. Bew. nicht über 30 J. wollen bis 1. Juli eins. Lebenslauf u. Beschein. e. Arztes. Der Vorstand d. Stadtgen. Apolda.

Polytechnik.

Katastergehilfe, ledig zum 1. Juni, mit allen Arb. vertr. Das Königl. Katasteramt, Hilschenbach z. Siegen.

Zeichner f. das hies. Markscheider-büreau. Off. m. Anspr., Steinkohlenbergwerk, Zollverein Caternberg.

Bautechniker gel. Zimmerer sof. o. 1. Juni. Off. unt. A 506 an die Annoncen-Exp. v. Rud. Mosse, Dessau.

Landwirthe.

Förster, Jäger u. Gärtner.
Inspector verh. nicht unter 30 J. p. 1. Octbr. auf Rittergut. Off unter X X an Haasenstein & Vogler, Wermsdorf.

Verwalter p. 1. Juli f. Rittergut Dallwitz b. Grossenhain, Ritterguts-pächter Hermann.

Inspector, verheir. z. 1. Juli, der poln. Sprache mächtig. Off. an Frank. Marschew b. Pleschen.

Beamter, verh., dessen Frau Milchw. u. Federvieh. übernimmt, zur Bewirtschaftung m. 1000 Morg. gr. Landbesitzes m. gr. Rübenbau z. 1. Juli. Friedrich Kopisch, Zuckerfabrik, Weizenrodau, Kr. Schweidnitz.

Forstkassengehilfe p. 1. Juli auch früher. Geh. n. Leistung steigt b. 1200 M. Kressin, Forstkassendirektor u. Rechnungsrath, Eberswalde.

Wirthschafter ev. verh., z. selbst. Bewirthsch. v. 44 Hectar (Zucker-rübenbau) Paul Krause, Marienwerder, Westpr.

J. Mann als alleinst. Inspector p. 1. Juli. Kech, Kgl. Oberamtmann, Günterslaggen b. Falkenburg, Pomm.

Inspector verheir., dessen Frau die Hauswirthsch. über. z. 1. Juli. Frau v. Schlieffen, Kleinsoltikow, Pomm.

Förster, verh. p. 1. Juli. Amtmann F. Bahrfeldt, Berlin, Solmsstr. 30.

Gespannhofmeister z. 1. Juli. Rittergut Gruna b. Eilenburg.

Hofverwalter, nicht zu jung, bald o. 1. Juli. Ritterg. Derenburg a. H.

Verwalter f. Dom. Borgesdorf z. 1. Juli. Off. m. Anspr. A. Klepp, Klein-Paschleben.

Verwalter z. 1. Juli f. Ritterg. i. Königr. Sachsen, als alleinig. Beamt. der mit Buchführung. vollst. vertraut. Meldg. m. Anspr. unt. P. 1256 postlag., Gröbers.

Revierförster, verh. z. 1. Juli für gr. Revier d. preussisch. Oberlausitz (Karpfenzucht) Off. m. Anspr. unt. U 167 an d. Exped. der Schl. Ztg., Breslau.

Gärtner, verh. p. 1. Juli. Meldg. unt. P. 5471 postlag., Frankenstein (Schlesien).

Forstgehilfe, gew. Bureau-Gehilfe u. Jäger, militärfrei. Off. m. Anspr. Gräfl. Forstamt zu Gaussig (Sachsen).

Werkführer.

Fabrikfactor kaufm. gebild. p. 1. Juli. Die Direction des Breslauer Konsum-Vereins.

Wiegemeister, welcher schon in Zuckerfabr. thätig gew., Zuckerfabrik Brehm.

Inspector z. Ordn. u. Beaufsichtig. des ges. Abfuhrwesens uns. Stadt. Geh. 2400 M. (1 Probejahr) Meldg. bis 25. Mai. Magistr. Schmidt, Erfurt.

Lebensstellung. Gr. Speditionsgesch. sucht f. äusseren Dienst einen Beamten. Verh. Herren, Landwirthe o. gew. Cavallerie-Unteroffiz. berücks. Off. unter U. f. 61289 Rud. Mosse, Leipzig.

Zuschneider f. m. Herrenconf.- u. Massgesch. p. 1. Juli. Off. m. Anspr. erb. Arth. Friedrich, Hohenmölsen.

Gehilfen.

Zuverl. **Eisenhobler** f. Werkzeugmaschinenbau b. hoh. Lohn. Paul Feller & Co., Halle a/S., Raffineriestrasse 43.

Schriftsetzer f. Stempelsatz, Jäger & Gottschalk, Erfurt

Conditorgehilfe a. dauernde Stellg. H. Ahrendt, Conditorei a. Café, Wernigerode a. H.

Steindruck f. Um- u. Fortdruck (Handpresse). E. Hallberg, Halle a/S.

I. Küchenchef z. 1. Juni. Anf.-Geh. 180 Mk. mon. Bier u. Wäsche frei. Restaurant „Redlichhaus“, Dresden.

J. Markthelfer, der die Stabeisenbranche kennt, B. Wapler & Söhne, Leipzig.

Steinsetzer b. hoh. Lohn, Prietzsch, Steinsetzstr., Dessau.

Steinsetzer sof., Döring, Steinsetzstr., Stassfurt.

Stellmacher, verh., der im Führen der Dampfdruckmaschine gründlich Bescheid weiss z. 1. Juni. Off. m. Anspr. an Domäne Wimmelburg b. Eisleben.

Modellleur sof., Wesche & Rameke, Nachf. Stuckgesch., Zwickau.

Sanitätshilfe bei den hies. Sanitätswachen sofort o. 1. Juni. Anf.-Geh. 900 Mk. freie Dienstwohnung. Nur verheir. frühere Lazarathgehilfen (Unteroffiz.) wollen sich melden bei der Inspection der Sanitätswachen, Leipzig, Nicolaikirchhof 2, part.

Heizer f. dauernde Stelle b. 100 M. Monatsgeh. u. freier Beköstigung sof. Off. unt. S. R. 914 im „Invalidendank“, Leipzig.

Kellner, verh. f. m. Gastwirthschaft. Bier auf Rechnung. Stelle dauernd. Otto Leinau, Löderburg b. Stassfurt.

Diener u. Kutscher.

Herrsch. Diener p. 1. Juli. Bew. m. Ansp. an Dom. Warsin b. Falkenberg, Bez. Stettin.

Diener p. 1. Juli. C. Lueg, Geh. Kommerzienrat, 2 Oberhausen (Rheinland).

Kutscher, verh., pr. 1. Juli. Dom. Kernen b. Zerbst.

Diener led. militärfrei z. 1. Juli. Freiherr v. Wrangel, Hühnichen O.-L.

Aufsener, landwirthsch. gebildet, f. das städt. Waisenhaus zu Chemnitz z. 1. Juli b. 10 M. Wochenlohn, fr. Station. Off. a. d. Stadtr. z. Chemnitz.

Weibliche.

Fräulein p. 1. Juni o. 1./7. f. m. Töchter v. 12 u. 14 J. zur Beaufs. der Schularb. u. Musikübung u. z. Hilfe im Haushalt. Off. m. Bild. u. Anspr. Frau Bankier Alb. Steckner, Halle a/S., Bernburgerstr. 8.

Hausmädchen, im Waschen, Plätten u. Zimmerreinen erfahr. z. 1. Juli. Frau Antsrath Wrede, Oschersleben.

Köchin, z. 1. Juli od. spät. Off. m. Anspr. (Wenig Hausarb.) Frau von Bonin, Dessau.

Alt. Person z. 1./7. f. einf. Küche u. Hausarb. Frau Stadtrath Clingenstein, Zeitz.

G. Assmann,
Markt 15 u. 16, neben der Hirschapotheke.
Großartige Auswahl von Neuheiten für
Herren- und Knaben-Bekleidung
für die Sommer-Saison.
Anfertigung nach Maass unter Leitung bewährtester Zuschneider und Preise wie bekannt am billigsten.

Antisemiten
werbet in Euren Bekanntesten
Abonnetten für die
Salfesche Reform.
Bezugspreis für Mai und Juni
1 Mk. frei ins Haus.

Das berühmte Oberstabsarzt
u. Physikus Dr. G. Schmidt'sche
Gehör-Oel
beseitigt schnell und gründlich
temporäre Taubheit, Ohrenfluss,
und Schwerhörigkeit selbst in
veralteten Fällen: allein zu be-
ziehen à M. 3,50 pr. Flasche mit
Gebrauchsanweisung durch die
Löwenapotheke in Halle a. S.

Gardinen
Tischdecken
Bettedecken
Teppiche
Portièren
in grosser Auswahl und zu
billigsten Preisen
empfiehlt:

Kaufhaus
M. Schneider,
Halle a. S., Leipzigerstr. 94,
Part. I. u. II. Etage.



Wegweiser durch Halle's christliche deutsche Geschäfte.

Einigkeit macht stark!					
Damenconfection und Kleiderstoffe.		Corsetts.	Damenhüte und Putzartikel.		Schuhwaaren.
Theodor Rühlemann Leipzigerstrasse 97.	Schulze & Petermann Gr. Ulrichstr. 56 1 Treppe. Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollen-Waaren.	Special-Corsett-Fabrik Bernh. Häni Schmeerstrasse 2.	B. Christ Gr. Steinstrasse 13.	Louise Götz Kleinschmieden 6, Eingang gr. Steinstrasse.	Emil König Schmeerstrasse 27.
Wäsche-Artikel, Cravatten, Unterzeuge etc.				Tapeten und Linoleum.	Cigarren u. Tabake.
L. Remmler jr. Leipzigerstrasse 3. (Am Markt).	A. Brackebusch Gr. Ulrichstrasse 37. (Goldenes Schiffchen).	Hermann Jentzsch Inhaber: Gustav Kaufmann. Leipzigerstrasse 103.	Bruno v. Schütz Gr. Ulrichstrasse 24.	G. Frauendorf Schulstrasse 3.	Bruno Wiesner Fleischerstrasse 1. Ecke Geiststrasse.
Posamenten, Strumpfwaaren, Tricotagen, Wollwaaren.					Kohlenhandlung.
W. F. Wollmer gegr. 1769. Gr. Ulrichstrasse 55.	Gebr. A. & H. Loesch Gr. Ulrichstrasse 36.	H. Schnee Nachf. A. Ebermann. Gr. Steinstrasse 84. Specialität: Tricotagen, Strümpfe.	Alexander Blau Leipzigerstrasse 99. Tapissiererei, Posamenten, Tricotagen und Wollwaaren. Geschäft besteht seit 1853.	Eduard Tahden Geiststrasse 49. Spec.: Corsets, Tricotagen, Strümpfe.	Mehner & Müldener Kohlenhandlung. Deltzseherstrasse 8. Fernsprecher 929.
Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.				Kurz-, Galanterie- und Spielwaaren.	
Vereinigte Tischlermeister Kl. Steinstrasse 6.	Reinicke & Andag Möbelmagazin. Gr. Klausstrasse 40. Nahe am Markt.	G. Schaible Gr. Märkerstrasse 26. Möbelfabrik und Lager.	C. Hauptmann Dampfbetrieb. Kl. Ulrichstrasse 36.	C. F. Ritter Leipzigerstrasse 90.	Rob. Plötz Leipzigerstrasse 17.
Anfertigung von Herren- und Knaben-Garderobe.		Flzhüte, Strohhüte und Mützen.	Lokale.		Sattler- und Lederwaaren.
Max Teuscher Schmeerstrasse 20. Grosses Lager in- u. ausländisch Herrenbekleidungsstoffe v. vornehm. Geschmack Herren-Anzüge nach Maass 50 bis 60 Mk.	Otto Knoll Leipzigerstrasse 86. Grosses Stofflager. Anfertigung nach Maass, sowie bedeutendes Lager fertiger Garderobe.	Aderhold & Müller Inhaber: O. Müller. Gr. Ulrichstrasse 42.	Reichskanzler Inh.: Karl Landmann. Leipzigerstrasse 17. Vereinszimmer für grosse u. kleine Gesellschaften.	„Royal“ Inh.: Fritz Brünning Gr. Steinstrasse 14 1. Vereinszimmer für grosse und kleine Gesellschaften.	H. Krasemann Schmeerstrasse 19. Reiseeffecten, Lederwaaren
Papierwaaren: Paul Buschbeck , Gr. Ulrichstrasse 35, Papierhandlung und Buchbinderei.					

Beim Einkauf bitte sich stets auf den „Wegweiser“ zu berufen.

Beim Einkauf bitte sich stets auf den „Wegweiser“ zu berufen.

Gott schütze das werkhätige Volk!

Gardinen

in den neuesten und geschmackvollsten Mustern

Stoffe zu Zuggardinen, Rouleauxspitze

empfiehlt zu sehr billigen Preisen.

Reinhold Grünberg

vormals: Schnabel & Grünberg,
Leipziger Strasse 21.

Herren-, Knaben-, Seiden-, Klapp-, Strohh- und Mützen, größte Neuheiten, empfehlen in großer Auswahl und jeder Preislage

Hüte

Aderhold & Müller, Inhaber: Otto Müller,
42 Grosse Ulrichstrasse 42.

POSTKARTEN-ALBUMS

Geschmackvolle Ausstattung.
Für 400 Karten von Mark 3.— an.

G. F. Ritter, Halle a. S. Preisliste gratis.

Linoleum,

in Treppenschritten geknitten, pro Stufe von

30 Pfg. an.

G. Frauendorf,
Schulstrasse 3 u. 4.

Fernsprecher 1066.

Sklagen,

deren Entgegnungen, Zahlungsbefehle etc.

Testamente, Verträge

werden sachgemäß bearbeitet.

Ankunft in allen Rechtsstreitigkeiten und Steuerfachen erteilt

C. Schröder,

Volksanwalt,
Unterberg Nr. 3. (am Stadttheater)
Sonnlags bis 1 Uhr zu sprechen.

Merito

Beste
6 Pfennig-
Cigarre.

E. A. Wiegmann,

Leipzigerstr. 58.
Fernsprecher 355.

©. Fernhardt, Halle a. S. Telefon-Nr. 902.



deren Einsicht übrigens jedermann freistellt, die Zahl ihrer Besteller 30 oder 40 oder 50 Tausend erreicht hat. Der Klugste weiß, was von diesen Beglaubigungen zu halten ist. Bei gerichtlichen Verhandlungen, die gegen gewisse Blätter zu führen waren, ist festgestellt worden, daß sie von dem Anstrich des Selbstabonnements den ausgedehnten Gebrauch gemacht hatten. Sie hatten durch Beauftragte viele Hunderte von Exemplaren ein und an jeder von vielen einzelnen Postanstalten und an anderen Stellen abnominiert, indem ihre selbstgenutzten Abonnentenzahl viele Tausende betrug. Die dafür bezahlten Abonnementgebühren floßen ihnen ja in der Handtaube wieder zu. In den Büchern aber fanden bei der Notar die großen Zahlen der „bestellten“ Exemplare. Wer die Besteller sind, das bezeugt der Notar nicht und kann er nicht bezeugen. Mit seiner Bezeugungsabgabe wird der Zweck erreicht, das Blatt in den Augen der Unkundigen und in den Zeitungsredaktionen als ein außerordentlich verbreitetes und vielgelesenes erweisen zu lassen, und dadurch Anzeigen zu bekommen. Unter diesen Umständen ist es sehr bedauerlich, daß Notare, die mit den Verhältnissen bekannt waren, eine Beglaubigung sogar der „Auflage“ abgeben haben, weil sie befürchteten, daß ihr Zeugnis später mit unläuteren Reflektoren in Verbindung gebracht werde.

Auf eine Stufe zu stellen, und mit einem Mose zu messen sind die Bazare und die Großgrundbesitzer auf jeden Fall, denn wenn man erwägt, daß in nächster Nachbarschaft des Großgrundbesitzer giebt die wohl in der Lage sind, im Orte alle Bauerngüter aufzukaufen, aber keine Einkommenseiner zahlen können, so sind diese Herren Großgrundbesitzer auf dem Lande wohl für ebenso gefährlich zu erachten als die Baarenhäuser in der Stadt. Erstere schaffen sich nur ein Arbeiterheer, letztere schaffen mißfertige Gewerbetreibende. Solche Zustände sind für die Gemeinden nicht erträglich, auf der einen Seite Aufschwung des ländlichen Kleinbetriebes, auf der anderen Vorkaufmann des Gewerbetreibenden und Kleinverkaufmannes. Solche Fälle können fortalekt vor, mir hören aus Sothenkurm, daß der Kammerherr v. Wittenau das ziemlich große Gut des Gutsbesitzers Ströbe aufkauft hat, indem im Orte nur noch drei Bauerngüter übrig bleiben, die früher oder später der Herr Kammerherr auch noch sein Eigen nennen wird. Wie lange noch, dann kann man in Sothenkurm sagen, hier wohnt der Herr und seine Anrechte.

Wenn es nicht gefällt, der gehe nicht hin, so könnte man dem wegen Störung des Gottesdienstes verurteilten Kenker aus Köthen zurufen. Dieser hatte auf den Anbachtstübchen der Baptistengemeinde in Köthen keinen Gefallen gefunden, weshalb er Vorgesetzter erregende Lebensarten ausließ, dafür soll er nun 3 Tage im Gefängnis brümmen.

Wer hat noch nicht Vergerniß genommen an dem jämmerlichen Gesange, welchen eine „Secce“ in der Nachbarschaft „Hofenbräu“ vollführt? Die Gäste entfernen sich dierhalb, der Wirth hat auch schon gekuckt, aber anders wird es nicht.

Auch das ist strafbar! Ein junger Mann war auf den Gedanken gekommen, auch einmal ein solches Restaurant aufzusuchen, wo ihm das Bier vom zarten Geschlecht kredent wird Bekannt ist ja, daß die „schöne“ Bedienung sich auf das Raffieren zu legen verzieht; der junge Mann brauchte gar nicht lange zu warten und „sie“ äußerte die Bitte, ihr ein Glas Duntles zu spendiren. Er erfüllte die Bitte und aus Dankbarkeit ließ sich die „Schöne“ am Tische auf einen Stuhl nieder, sie wollte den Gast ja nur unterhalten. Der eintretende gestrenge Schutzmann hörte jedoch die angenehme Unterhaltung, indem er nach Namen und Stand der Vertrauten forschte. Ein Strafmandat für Wirth und Mottell war demnach gewiß, aber o Pech, der Gast soll auch 10 Mark abladen, er habe nach §§ 7, 10 der Polizeiverordnung vom 5. April 1892 verstoßen, denen § 48 der Strafprozessordnung zukommt. — Die Spendung eines Glases Bier ist Verleitung zum — Stulben. — § 48 Str.-Ges. B. sagt: Als Anstifter wird bestraft, wer einen Anderen zu der demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen p. p. eines Irthums oder durch andere Mittel vorläufig bestimmt hat. Darum braucht man sich bei uns nicht mehr zu kümmern was alles strafbar ist, nein, nur um das was nicht strafbar ist und damit wäre man bald fertig.

Du sollst nicht bewußt sein, ob das Rehen des Bürgerliches nötig oder nicht. Ob Schmutz da ist oder nicht, du mußt täglich bis 8 Uhr Morgens den Bürgerliches reinigen. Unterlasse frühe Bewußtsein, daß sie der Beamte sieh, sonst wirst du bestraft mit mindestens 1 Mark, wie der Fabrikbesitzer Sellheim.

Undant ernteten die Antisemiten bei den Conservativen. Bei der letzten Wahl, wo noch die Herren glaubten allein dazu berufen zu sein den Sozialdemokraten den Garauz zu machen, waren die Antisemiten gut genug, mit ihnen Schulter an Schulter zu kämpfen. Das Bündniß scheint nicht ehlich gemeint gewesen zu sein, die Behauptung, wir Conservativen stehen dem antisemitischen Programm stramm zur Seite, ergibt sich als erheuchelt. Das Bündniß steht ihm zu sehr von Kirche und Staat abhold zu sein, — deshalb wird es diesmal bei den Nationalliberalen verfaßt. Brachten doch diese Streiter einen Anführer, der früher Staatsanwalt und Richter gewesen, und soll nach ihrer Meinung dies der richtige Mann sein, der dem Mittelstand aus seiner bedrängten Lage helfen wird. Die Antisemiten brachten ja nur den Schriftleiter einer Zeitung, der steht natürlich nicht in so hohem Range, aber das Herz hat er auf dem rechten Fleck und hat bereits kundgegeben, daß er sehr wohl weiß, wie und wo man anzufassen hat, um den Mittelstand zu retten.

Der Kampf des Mittelstandes wird von allen Parteien nicht ernst genommen, nur ist einzig und allein die antisemitische Partei dazu berufen. Darum ihr Männer, die ihr euch noch zum Mittelstand zählt, tretet wacker an und arbeitet für den Mittelstandscandidaten Welter, laßt euch nicht durch Wraien irre führen, schenkt der Saale-Zeitung mit ihren Besichtigten, dem antisemitischen Reichstagskandidaten Schein die Straußen in Halle und dem Saalkreise zu hoch zu hängen, keinen Glauben, denn Herr Welter ist nicht zu uns gekommen um „Trauben“ herunter zu holen, sondern er ist gewillt mit Wort und That für uns einzutreten. — Es soll auf jeden Fall verboten worden sein, den nationalliberalen Kandidaten zu prüfen, wie er sich zum Verbot „Einwanderung fremder Juden“, Schächfrage u. stellt.

Die „Vöndungspartei“ und der Bund der Landwirthe scheinen es ihren Mitgliebrern überlassen zu wollen, welcher Partei sie sich anzuschließen haben.

Ein Schweinegeld hat der südbische Kaufmann Berlinisch bei der Meißner gehabt. Er war der Glückliche, dem die Lieferung von 10000 Biergläsern zu dem „Feste“ auf der Amundorfer Wiese libertrogen worden war. Bekanntlich mußten die Genossen 25 Pf. für das Stück zahlen. Nehmen wir an, ein solch einfaches Glas kostet im Einkauf 8 Pf., wenn Herr B. nicht eine noch billigere Bezugsquelle haben sollte, so erachtet das einen Gewinn von 1700 Markchen, „haist ä Geschäht.“

Ich selber fällt die kolossale Billigkeit seiner Hute auf. Wenn nun Herr Berlinisch mit Recht behaupten kann, daß die 75 Pf. Damen-Capothüte 25 Pf. Kinderhüte, 1,25 Damenhüte mit den besten Zutaten versehen sind und reizend (!) anwirft sind, so würde er der „dümmen“ Konkurrenz einen großen Gefallen erweisen, ihr die „billige“ Bezugsquelle zu verstaten. — Die Geschichte von dem Velenname kennen die Concurrenten schon. — Nun denke man sich nur eine Jüdin mit einem 75 Pf. Capothut von Berlinisch auf dem Kopfe, ob es wohl solche giebt? —

Weit hinaus über das Reflektanzel schießt Herr Leopold Sternberg. Wenn er glaubt, daß sich die Leute zum Pfingstfeste wegen seiner Godyear-Schube bei ihm zu sehr drängen werden, so sollte er sich doch zur Aufgabe machen, die übermäßigen Käufer darauf hinzuweisen, daß es auch noch christlich deutliche **Handwerksmeister** giebt, die gleiche Waaren führen.

J. Lewin erlaubt sich zu inferiren, daß er das „größte“ Special-Etablissement für feinsten Damen-Tusch und Weißwaaren am Plage habe. Er verkaufe zu „außergewöhnlich“ billigen Preisen! — Wenn das christlich deutliche Geschäfte gleicher Branche ebenso machen, dann gehen sie faur; wie das nur kommt? Der Jude „verschent“ die Waare bald und wird dabei doch reich.

Die Judenichutruppe hat mobil gemacht, sie will die bösen Antisemiten aus der Welt schaffen. Zum Krieg führen gehört aber Geld, weshalb eine Liste herumgeht um Beiträge zu sammeln. In solcher Liste will nun ein Antisemit oben den Namen des Dörrbürgermeisters Herrn Stande bemerkt haben.

Wenn wirklich der Name auf der Liste steht, so können wir nur annehmen, daß er zur Reflektanzel mißbraucht wird. Sollte es aber dennoch an dem sein, daß Herr Stande die Eintragung eigenhändig vollzogen hat, dann müssen wir aufrichtig bedauern unter Stadt-oberhaupt unter unsern Gegnern zu wissen.

Wie die Juden über unsere Feiertage denken, das empfinde, lieber Leser, aus einer uns zugegangenen Mitteilung: „Am Sonnabend vor Ostern d. J. hat der Dörrabthuer der hiesigen Judengemeinde an den Director des Schlachthofes das Ansuchen gestellt, ihm

zu erlauben, am 1. Osterfeiertag schlachten lassen zu dürfen, weil sonst das Fleisch stinkt würde. Der Herr Director hat das Ansuchen selbstverständlich abgelehnt und den Herrn Dörr-Rabbiner darauf hingewiesen am Sonnabend schlachten zu lassen, worauf ihm zur Antwort geworden: „Heute (Sonnabend) haben wir hohen Feiertag“. Der Herr Director wies ihm ferner darauf hin, daß die Juden doch nach Sonnenuntergang schlachten dürften, worauf der Herr Dörr-Rabbiner meinte: Heute geht die Sonne erst um 8 Uhr unter.“ Man muß sich einmal bei uns an: „Gleiches Recht für alle“ gewöhnen. Die christlichen Feiertage sind einmal bei uns noch maßgebend, wenn die Herren Juden anders denken sollten, dann mögen sie es weiter thun.

Das ist entschieden zu weit gegangen. Wenn der Herr Stadtrath Jernial ein Gehalt von über 7000 M. bezieht, so wird er wohl in der Lage gewesen sein einige Mark für eine Baderei zuzuliegen zu können. Wohin sollte das führen, wenn jeder Beamte von der Stadt ins Bad geschickt werden sollte, zu diesem Zweck bezöhlen wir wahrhaftig die Steuern nicht. Ein alter Komiker lang vor Jahren: „Wer da Geld hat, reist mit seiner Frau in's Bad, wer keins hat, wäscht sich für'n Groschen in der Saale ab.“ Nun verpöhlen Herr Jernial Lust zu einer solchen Baderei, warum auch nicht aber die Mittel? Es ist ja alles da, es ist ja nicht wie bei kleinen Beamten, die Stadt hat einen großen Selbbeutel, so dachte der bedürftige Herr und Herr Jernial erlaubte sich die Stadt um ein Darlehen von 800 M. zu einer Baderei anzugehen. Ueber dieses Geschäft berietten ihm unsere Stadtväter und ihre Liebe zu den Mitbürgern ging so weit, daß sie ihm diese 800 M. nicht nur wie der Wunsch lautete, liehen, nein sogar schenkten. —

Hoffentlich wünschen die Steuerzahler Herrn Jernial recht viel Vergnügen zur Baderei! Nur nicht murren!

Historisch-Geographischer Kalender.

- 22. Mai 1881 Krönung des Kurfürsten Carl I. als König von Rumänien.
- 1882. Eröffnung der Bahn durch den Saakt Gotthard.
- 1819 wird die Königin Victoria von Großbritannien u. Irland geb.; regiert seit 1837.
- 1871 Barrikadenkampf in Paris gegen die Kommune.
- 1277. Grundsteinlegung zum Straßburger Münster.
- 1809. Schill besetzt Stralsund.
- 1804. Napoleon I. wird Kaiser der Franzosen.
- 1832. wird Fürst Heinrich XIV von Rußl. I. geb.; reg. seit 11. Nov. 1867.

Deutsches Sprichwort.
Wenn die Unterthanen belien, soll der Fürst die Ohren spitzen.

Aus Nah und Fern.

Güsten, d. 16. Mai. Die Vertrauensmännerverammlung der Deutsch-Sozialen Reformpartei stellte am gestrigen Sonntag als Kandidaten Herrn Kanslei-Zuspektor Meh aus Berlin auf. Mit der Agitation soll am nächsten Sonntag begonnen werden. —

Cottbus, den 16. Mai. Als Kandidat der Deutsch-Sozialen Reformpartei ist für den Wahlkreis Cottbus-Spremerberg Herr Schneidermeister Ferdinand Liebrecht aus Magdeburg aufgestellt worden.

Arme Spanier! Die Juden in den Vereinigten Staaten, deren es dort, wie ein Leser unseres Blattes in Newyork uns schreibt, mehr als „Bed boxes“, giebt, lassen die neulichen Erfolge der amerikanischen Waffen nicht schlafen, sie möchten auch gern etwas zur Ueberwindung des Feindes ihrer amerikanischen „Heimat“, wo sie sich sehr mollig fühlen, thun, und rufen daher ihre Volksgenossen zu den Waffen, um natürlich nachher zu behaupten, daß sie allein die Spanier besiegt hätten und lange Listen derer veröffentlicht, die den Helmbrod für's Vaterland starben. Der „Daily Jewish Herald“, eine Zeitung der Israeliten der Dfseite, veröffentlicht einen Aufruf, welcher auch die jüdischen Mitbürger zu den Waffen ruft. Der Aufruf betont, daß in keinem Lande die Freiheit der Juden so liberal aufrecht erhalten werde, wie hier in Amerika. Deshalb sei es auch die Pflicht der Juden, ihre Dankbarkeit zu zeigen, indem sie nicht nur ihr Geld, sondern auch ihr Blut hergeben. (Wer lacht da?) Es sollten spezielle jüdische Kompagnien und Regimenter gebildet werden. — Arme Spanier!

Uebrigens scheint dieser makabrische Lärm nicht erst mit den amerikanischen Siegen eingestelt zu haben, auf die erste Nachricht, daß ein Krieg auszubrechen drohe, scheint sich viel mehr der Nachkommen Sems eine namenlose Angst bemächtigt zu haben. Die „Newyorker Staatszig.“ entwirft folgendes Bild aus jenen Tagen: „Die Spanier kommen!“ Dieser Ruf hat unter der umgebildeten Bevölkerung polnischer und russischer Juden der Dfseite an Grund, Allen, Euphoff und anderen Straßen große Aufregung hervorgerufen. Die

Reim Finkauf hille sich stets auf den Manneiser zu heurlen

Leute glauben, daß Newyork in zehn Tagen schon in den Händen der Spanier sein wird, und daß diese nichts Schleunigeres zu thun haben werden, als alle Banken zu plündern. Aber an ihrem mühsam erparten köstlichen Gelde hängen diese Leute begrifflicher Weise mit ganzem Herzen, und daher hat seit zwei Tagen ein Aufsturm auf die Sparkass in Nr. 378 Grand Str. stattgefunden, der gestern kaum bewältigt werden konnte. Schon lange, ehe die Bank eröffnet ward, stand das Volk dort in langen Reihen, hauptsächlich waren es Frauen, im bloßen Kopfe und mit Kindern an den Armen, das fettsige Bankbuch in der Hand. Alle sprachen sie laut durcheinander in den drei Sprachen, die, wie jener russische Jude sagte, jeder seiner Glaubensgenossen spricht, russisch-döitsch, döitsch-russisch und „doch de Mos“, und das ergab ein Geschnatter, als sollte das Kapital getretet werden. Kurz vor 10 Uhr fuhr eine Droschke vor, aus der zwei Clerks Säde mit Silbergeld in die Bank trugen. Um 10 Uhr begann die Auszahlung, zwei Polizisten hielten Ordnung. Die Bank zahlte meist in Silber, und darauf waren die meisten Leute nicht vorbereitet. Aber heimgenommen wollten sie auch nicht, so groß war die Angst vor der Unsicherheit ihres Geldes. Da kam denn manch' drohliche Scene vor. Ein alter Mann zog sein Konto von 800 Doll. Nachdem er alle Taschen voll Silber gestopft, wußte er sich anfangs nicht zu helfen. Dann aber zog er einen Bindfaden hervor, band sich die Beinleider zu und stopfte hierin des übrige Geld. Das Gewicht zog die Füße so schwer auf die Erde, daß er sie nicht heben konnte und wie ein Gichtbrüchiger nach Hause schleifen mußte. Die Bank ist übrigens eine sichere, ihr Kapital beträgt 100 000 Doll. sie hat Securities für 1500 000 Doll. und nach dem Ansturm der beiden Tage beträgt ihr Reserve noch 22 1/2 pCt. über die gesetzlich vorgeschriebene Summe. Aber es mußte nichts, die Leute zu beschwichtigen, wie es auch die Polizisten versuchten. — Sie wollten ihr Geld haben, um es irgendwo „sicher“ zu verpacken, wenn die Spanier kommen.

Vermischtes.

☞ Sie haben ihn erhascht. Der wegen Unterschlagung fidejussorisch verfolgte Rechtsammler H e n t e ist in einer in der Nähe Berlins belegenen Seilanstalt verhaftet worden.

* * Eine Judenchutztruppe für Frankreich. Es befaßt sich, daß auch Frankreich seinen Verein zur Abwehr des Antisemitismus erhält, der den schönen Namen „Liga zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte“ führen wird. Daß diese „Liga“ mehr leisten wird als unsere Judenchutztruppe alias Demnantenverein ist kaum anzunehmen.

— Die Sage des Hexenrittes nach dem Wlocksberg in der Walpurgisnacht (1. Mai) hat folgenden Uppring. Die Walpurgisnacht und die zwölf ersten Tage des Mai waren im allgermanischen Götterglauben die Zeit der Vermählung Wotans mit Freya. Daher hielt man diese Tage in hohen Ehren und beging sie mit großen Festlichkeiten. An ihnen wurden die Säupflinge gewöhlt, Jünglinge für heirathsfähig erklärt und große Feste mit Spiel und Gesang begangen. Nach der Abnahme des Christenthums durch die Sachsen blieb gleichwohl noch mancher heidnische Gebrauch bei ihnen im Gange, trotz der Abwehr der Priester. Man übte heimlicher Weise immer noch den Götzendienst vergangener Zeiten aus, wenn gleich oft auch der Anlaß desselben vergessen wurde. So war es mit der Maifeier. Die religiösen Feiern dieser Matinee beging man, unter erschreckenden Masken verumhüllt, in der Nacht auf den Wlocks, wo sonst der Opferdienst verrichtet war. Dem Wotan opferte man gern auf hohen, freistehenden Felsen, Bergen, Hügel, in die man sehr häufig das Wotanszeichen, das Hufeisen einmeißelte (Wotstrappe im Harz), und hierin schlich man zur christlichen Zeit an den früheren heiligen Tag bei Nachtzeit. So entstand die Sage von dem gespenstigen Ritt zum Wlocksberg. Aus den Anhängern des alten Wotanskultus, den „Hägen“ oder „Hägchen“, Hainbühlern, wurden die gesüchteten „Serer“ und die früheren heiligen Bräude erhielten nach und nach die Bedeutung von Abwehrmitteln gegen die bösen Einflüsse der „Herer“, gegen Verzauberung, bösen Blick, Besprechung u. s. w. Die Feuer, welche man einst zu Ehren des Altvaters

Wotan angezündet hatte, brannten zur Abwehr gegen die Herer, welche in der Walpurgisnacht ihren Sabbath feierten, und man nannte die Feuer infolge dessen „Hererfeuer.“

— Ueber Geschützverluste der deutschen Artillerie im Kriege 1870/71 theilt der bekannte Militärschriftsteller Major a. D. Kunz in den kürzlich erschienenen weiteren zwei Hefen (6. und 7.) der „Kriegsgeschichtlichen Beispiele aus dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71“ mit: „In Ganzen sind sieben deutsche Geschütze in die Hände der Franzosen gefallen; davon drei, die gar nicht feuert, nämlich zwei Feldergeschütze einer bairischen Munitionscolonne auf dem Rückzuge nach dem Treffen bei Coulmiers und ein sächsisches Geschütz bei dem Ueberfall von Etrepagny in der Nacht vom 29. zum 30. November. Von den übrigen vier Geschützen gingen zwei am 18. August bei der Katastrophe, die über die Corpsartillerie des 9. Corps hereinbrach, verloren; sie gehörten der linken Hügelbatterie (4. schweren) an, die am stärksten mitgenommen war. Bei der Capitulation von Metz wurden sie in der Festung wieder vorgefunden. Die beiden anderen Geschütze gehörte der ersten leichten bezw. der 3. schweren Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 10 an und gingen in der Schlacht bei Beaune la Rolande verloren. Beide Batterien hatten so starke Verluste an Mannschaften gehabt, daß die Geschütze nicht abgeprobt werden konnten, trotz der größten Anstrengungen. Die 1. leichte Batterie erhielt ihr Geschütz noch am späten Abend wieder, während das Geschütz der 3. schweren Batterie dauernd in Feindes Hand verblieb.“ Interessant ist die Angabe, daß 1915 französische Feld- und 5526 Festungsgeschütze in deutsche Hände gefallen sind, darunter 255 Feldgeschütze im offenen Kampfe.

Gerichtszeitung.

— Die Frage, ob der auf einen Briefumschlag aufgedruckte Poststempel eine öffentliche Urkunde sei, hat das Reichsgericht in einem Spezialfalle verneint. Die Anlage richtete sich gegen einen Postbeamten, der drei in Postdienste durch seine Hände gehende Briefe unberechtigt geöffnet und in einem Falle zur Verdeckung der dadurch bewirkten Verzögerung in der Bestellung des Briefes den auf dem Umschlage befindlichen Ankunftsstempel gefälscht hatte. Nach Ansicht des Reichsgerichts verfolgt die Abtpehlung zunächst den Zweck, die Dienstausföcht über die Beamten zu ermöglichen und das Bestellgeschäft zu überwachen. Darüber hinaus für und gegen jeden Dritten zum öffentlichen Glauben die Thatsache zu bekräftigen, wann die Sendung zur Post übergeben und wann sie am Bestimmungsor angelangt ist, ist nicht der Zweck der Abtpehlungen. Der Umstand, daß theilwächtig der Briefstempel vielfach zum Beweise des Datums eines Briefes, einer Postkarte u. benutzt wird, ist nicht ausschlaggebend für die Bedeutung des Stempels als einer öffentlichen Urkunde. Vielmehr fällt für die Annahme des Gegenteils ins Gewicht, daß die Abtpehlung, wenn auch unter Aufsicht eines Beamten, doch im übrigen durch Unterbeamte erfolgt, die nach ihrer Stellung nicht als zur Vertretung der Postbehörde berufene Urkundspersonen gelten können.

§ Verlobung und Schenkung. Daß Verlobte in Erwartung der künftigen Verheirathung sich gegenseitig „Geschenke“ machen, ist allbekannt; daß aber nach Aufhebung der Verlobung diese Geschenke gegenseitig zurückgegeben werden müssen, will den Besenkten oft gar nicht einleuchten. Sie nehmen „Geschenk“ als Geschenk, was man binnen 6 Monaten widerrufen müsse, berücksichtigen aber nicht, daß nach dem Gesetze diese „Geschenke“ gar keine Schenkungen sind, und doch nur als zu einem bestimmten Zweck, unter einer gewissen Bedingung (nämlich der künftigen Verheirathung, gegeben, anzusehen sind (§§ 1040, 1053 I 11 A. L. R.). Es wäre auch schlimm, wenn es anders, die Rückforderungen der „Geschenke“ also nicht zulässig wäre, da sonst von gewissenlosen Verlobten dem andern Theile unter dem Vorprenden der Heirath das Vermögen abgedolt werden könnte um ihm dann, wenn er ausgeplündert ist, den Kaufpreis zu geben. Am klarsten bezeichnet man solche „Schenkungen“ als lästige Verträge auf Leistung von Handlungen: „wenn Du mich heirathest, gebe ich Dir das und das.“ Kommt die Heirath nicht zu Stande, so ist der Grund des Gebens weggefallen und das Gegebene zu restituieren, zu erstatten.

Ein interessanter Prozeß wurde neulich von einem benachbarten Landgericht entschieden. Der Defonom E. hatte sich mit einem Mädchen, Marie D. in N. verlobt, von der er amahnte, — was sie auch nicht ableugnete — daß sie Eigenthümerin des von ihr betriebenen Spegerei- und Getreide-Geschäfts sowie des Grundstücks sei, wo das Geschäft war. Die verlobte Braut schlug ihm kurz darauf vor, er möge ihr 2000 Mark baar zu Entfäufen geben, nach der Hochzeit solle er Mitinhaber des Geschäftes werden und die 2000 Mark als Einlage gelten. Der Bräutigam gab das Geld und die Braut verwendete es in das Geschäft. Nicht lange darauf hörte er, daß die vermittelte Mutter seiner Braut Eigenthümerin von Haus und Geschäft sei. Als er Beide zur Rede stellte, bejahten sie dies, wurden aber dahin einig, daß er nach der Hochzeit Haus und Geschäft ankaufen und die 2000 Mark auf das Kaufgeld verrechnen sollte. Als er nun wegen der Hochzeit drängte, die endlich auf einen bestimmten Tag festgesetzt wurde und ihm die „Braut“ erklärte, sie würde zwar mit ihm sich trauen lassen, jedoch sofort sich nachher das Leben nehmen, so hob E. die Verlobung auf. Er machte aber die Erfahrung, daß die „Braut“ nur sein Geld gemeint habe, da sie nebst Frau Maria die Rückgabe mit dem Einwande, es sei ihnen geschenkt, verweigerte.

Dem arg geprellten Bräutigam half das Landgericht, indem es die ehemalige Braut zur Rückgewähr des Geldes nebst Zinsen verurtheilte, die Klage gegen die mitterklagte Mutter dagegen abwies, weil gegen sie kein Rechtsgrund vorliege, der Bräutigam vielmehr stets nur mit seiner Braut verhandelt habe. Es handelte sich, so heißt es in den Urteilsgründen, um vorliegenden Falle um eine in Erwartung der künftigen Verheirathung gegebene Summe. Nachdem der Bräutigam die Verlobung — gleichviel, ob mit Recht oder Unrecht! — aufgelöst hätte, durfte er sofort die Rückgewähr des „Geschenkens“ von der ehemaligen Braut fordern. Sade der Braut war es, wenn sie die Verurtheilung nach dem Klageantrage abwenden wollte, einen Rechtsgrund darzutun, nach welchem sie zur Rückzahlung des Gebenen nicht verpflichtet sei. Der Einwand der Schenkung ist ein solcher Grund nicht, da Schenkung hier nicht vorliegt; die Verurtheilung des Mädchens sei also gerechtfertigt.

Briefkasten.

Herr C. Reichert. Geben Sie uns die Geschichte von dem blutig geschlagenen Polizisten und dem Juden schriftlich, wir werden dem das Weitere veranlassen.

Geliebter Freund. Das sind Privatfachen und in solche mischen wir uns nicht hinein, jedoch wollen Sie erwidern: Es prüfe, wer sich ewig bindet —

Wißt wissen, ob sie auf Tugend hält? Erwähle, wie ihr der Jude gefaßt.

W. & Z. hier. Zunächst kann der überlebende Ehegatte die Begräbniskosten aus dem Nachlasse der verstorbenen Gattin entnehmen; ist kein Nachlaß vorhanden, oder reicht er nicht aus, die Begräbniskosten zu decken, so muß sie der überlebende Theil bezahlen. § 435 Abt. II Tit. I Allg. Landrecht.

Frau Dalwig. Wir kennen die Familie sehr genau, der Frau kann man mit Recht zurechnen:

sein reines Gemüth und oberwärts Plunder! — Sie fauß kein Juden, es ist kein Wunder.

Wauschel-Ged.

+ Wie heißt? In einer Dorfschule im Thüringischen ercheint der Schulpfpector. Er ist in liebenswürdigster Laune und um die Schüler anzuspornen, verprüdelt er demjenigen, oder am besten antwortet, eine Mark. „Also? Jungens, aufgepaßt! Was sollt Ihr am meisten lieben?“ — „Unre Eltern“, antwortet ein Junge, siegesgewiß. — „Du hast nicht Unrecht, mein Lieber, aber die richtige Antwort ist es doch nicht!“ — „Das Vaterland!“ brüllt ein kerniger Bengel mit blitzenden Augen. — „Das ist noch besser“, nickt der Herr Inspektor wohlwollend; — denn das schließt ja auch die Eltern mit ein! Aber es giebt noch jemanden, den wir lieber haben sollen als Angehörige und Vaterland. — nun?“ „Selum Christum“, erlönte von der hintersten Bank ein Stimmchen. „So ist es recht, mein Sohn, komm hole Dir die Mark.“ — Belgende springt ein winziger, schwarzer Knirps herbei, die begehrtete Sand austretend. Der Inspektor blickt etwas befremdet herab und fragt: „Wie heißt Du denn?“ — „Moritz Kronoboh!“ — „Gut, dann bist Du doch ein Jude?“ — „Ja, ich bin ein Jüd“, ist doch mein Vater auch einer!“ — „Aber dann kommst Du doch Selum Christum nicht lieben?“ — Moritz: „Vor ne Mark?“

Die Halle'sche Reform kauft nicht bei Christen

ist die einzige hiesige Zeitung, die der jüdischen Restlake ihre Spalten nicht öffnet, darum gebt, deutsche Geschäftskente und Handwerker, Eure Anzeigen der Halle'schen Reform, damit dieselbe größere Verbreitung finden kann. Auch unterlasse kein deutscher Mann auf die Halle'sche Reform zu abomiren. —

die sich scheuen, in unserer Zeitung zu inseriren; fordert, wenn Ihr einfaufst, die Vorzeigung der Halle'schen Reform. Ihr helfst damit die „Judenfurzt“ vertreiben!

Halleche Reform.

Organ für das werkhätige Volk.

Verleger: Otto Schröder. Verantwortlicher Redakteur: C. Schröder, Halle a. S., Unterberg 3.

Für unentgelt zugesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verbindlichkeit.

Erscheint jeden Sonnabend.
Bisectjahrespreis: frei ins Haus 1 M. 25 Pf.
für Halle und Giebichenstein.
Eingelnummer 10 Pf.

Halle a. S., den 21. Mai 1898.

Durch die Post: 1 M. 50 Pf. excl. Bestellgeld.
(Post-Zeitungsliste Nr. 3162.)
Inserate: die viergespaltene Zeile 15 Pf.
zu beziehen durch die Expedition: Unterberg 3.

Wahlaufruf.

Am 16. Juni finden die Wahlen zum Reichstage statt, die für unser ganzes Volk, im besonderen aber auch für unsere Deutsch-soziale Reformpartei von hervorragender Bedeutung sind.

Herausgewachsen aus den Bedürfnissen und Gedanken einer neuen Zeit ringt sich unsere junge Partei auf Kosten der alten Parteien empor und wird darum von allen Seiten heftig bekämpft. Gegenüber dem hier und da unternehmenden Veruche, uns außerhalb der sogenannten parlamentarischen und nationalen Parteien einen Platz anzuweisen und uns als verwandt mit der Sozialdemokratie hinzustellen, betonen wir, daß wir in unabweigerlicher Treue zu Kaiser und Reich stehen und als eifrige Befürworter umfassender sozialer Reformen gerade die schärfsten Gegner aller sozial-revolutionären Bestrebungen sind.

Die nach kurz vor Schluß des Reichstages erfolgte gesetzliche Regelung unserer Wehrkraft zur See vereinfacht den bevorstehenden Wahlkampf erheblich: Unter missbräuchlicher Ausnutzung „nationaler Wahlparolen“ sind in früheren Zeiten oft unnatürliche Bindnisse geschlossen, bei denen die wirtschaftlichen Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Stände Schaden erlitten.

Auf Grund der Ueberzeugung, daß nur ein in seinen verschiedenen Erwerbsgruppen wirtschaftlich gesundes Volk die Macht des Deutschen Reiches nach außen und seine Blüte im Innern dauernd zu gewährleisten vermag, glauben wir die beste nationale Politik zu treiben, wenn wir den Wählern empfehlen, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen.

Mit Gemuthigkeit dürfen wir darauf hinweisen, daß der Kaiser selbst am 18. Juni v. Jhr. auf dem Sparenberge bei Bielefeld den Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände und Kräftigung eines gesunden Mittelstandes“ als sein Programm hingestellt, und daß der Finanzminister von Miquel dann am 15. Juli diese Worte seines Herrn in seiner Rede zu Wünnigen bei Solingen also erläutert hat: „Der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft überhöhten Kräfte überhaupt reichen, denen vor allem seine Fürsorge zuzuwenden, die sich in schwieriger Lage befinden und unter besonderer Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und gerechte Beurtheilung wird nicht leugnen, daß heute die Mittelklassen in Stadt und Land, daß vor allem die Landwirtschaft treibende Bevölkerung zu diesen gehört.“

Wir stellen fest, daß in diesen Worten die von uns heftig betonten und so oft besrittene Nothlage des gesammten schaffenden Volkes zugegeben, und die Berechtigung anerkannt wird, die Mittelstandsfrage zum Kernpunkte eines Programms zu machen.

Aber wir müssen leider auch feststellen: Seit den Reden auf dem Sparenberge und in Wünnigen ist nichts geschehen, was darauf schließen ließe, daß in den leitenden Kreisen für den Schutz des Mittelstandes nun auch wirklich „mehr Dampf“ gegeben werde. Das Organisationsgesetz für das Handwerk ist völlig ungenügend ausgefallen, gerade die ausschlaggebenden Forderungen des Handwerkes erfüllt es nicht. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat Herr von Miquel erst jüngst erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, die Kleingewerbetreibenden durch eine Reichs-Umsatzsteuer auf Großwaarenhäuser gegen die Vernichtung durch das Bazarmwesen zu schützen. Das Schredbild, das Herr von Miquel vorführt, es könnten, wenn man den Kleinfachmann schütze, auch die Kleinen in allen anderen Gewerben ähnlichen Schutz verlangen, erscheint uns als Nachklang mandelförmiger Anschauungen. Wir wünschen vielmehr, daß in allen Ständen die Kleinen ihre Stimme laut erheben und das fordern,

was die Programmreden vom Sparenberge und von Wünnigen ihnen vorbeisagen haben.

Rehnlisches zeigt der Verlauf der Bepfischung über die Interpellation wegen der Einfuhr gesundheitschädlicher Fleischwaaren, die für alle Konsumenten schwere Gefahren birgt, unseren Landmann und das Schlächtergewerbe aber empfindlich schädigt. Auch hier nur allgemeine, dehnbare Erklärung der Regierung, aber kein entschlossenes Zutreten, nicht das unerlässliche Einfuhrverbot.

Ebenso ist es unsern Bemühungen um die Verbesserung der Lage der kleineren und mittleren Beamten noch nicht gelungen, dem Grundsatze Geltung zu verschaffen, daß man dabei von unten anfangen muß und nicht von oben.

Auf die eigene Einficht, auf Selbsthilfe ist also der Mittelstand nach, wie vor angewiesen. Der gute Wille, der oben vorhanden ist, bedarf der Unterstützung mitten aus dem Volke heraus, um die Hemmungen zu beseitigen, die der verpöthenden Mittelstandspolitik, der unerlässlichen Sozialreform, von dem Großkapital und dem Judenthum bereitet worden. Daß den Worten auch gegenbringende Thaten folgen, dafür müssen die Wähler selbst sorgen, indem sie die Reformpartei schaffen, die der vorläufig noch rathlosen Regierung die Wege weist.

War im abgelaufenen Reichstage unsere Aufgabe vorwiegend die Kritik der durch die alten Parteien begangenen Fehler und der Hinweis auf die Mittel zur Abhilfe, so müssen wir nunmehr auf Verstärkung unserer Richtung bedacht sein, denn der neue Reichstag wird vor Fragen von höchster Bedeutung für die Lebensinteressen des gesammten Volkes gestellt. Von allen Parteien hat allein die Deutsch-soziale Reformpartei geschlossen die Capriwischen Handelsverträge bekämpft, die in den Jahren 1903 und 1904, also während der nächsten Reichstagsperiode ablaufen. Eine Erneuerung dieser Verträge, bei denen die deutsche Produktion schweren Schaden genommen, lehnen wir ab. Wir werden nur einer Handelspolitik zustimmen, die der deutschen Landwirtschaft den zehn Jahre lang vernünftigen Schutz gegen die Erzeugnisse des russischen und amerikanischen Ackerbaues gewährt und dadurch die einheimische Kaufkraft stärkt.

Bei dem Neabschluß von Verträgen mit auswärtigen Staaten werden wir ungleich unser Hausrecht haben. Es

Untrag auf gierungstische en nicht ver-

läuft das Reichsbank“ der Reichs- 1897 neben 353 Anttheile,

als bestehen. er weiterhin aus, wie der er eine wirk-

Die Verstaat- das geeignete kapital als eine te, dem Ge-

ten Institute igen. Keine Umgestaltung vorragenden

Die Reichs- einer Nach- ung und zu

sthum der kann. die Kapitalismus

Großbazare

und Waarenhäuser, die Tausende von fleißigen Klein-Gewerbetreibenden zu Grunde richten, ohne dem laufenden Publikum nennenswerthen Nutzen zu bieten. Wir werden nach wie vor allen Auswüchsen im Gewerbetreiben entgegentreten und die Gesetzgebung in diesem Sinne zu beeinflussen bemüht sein. Unsere Forderung läßt sich kurz dahin zusammenfassen:

Schutz der ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land.

Ueber die Durchführung dieses Schutzes für die einzelnen Berufsgruppen verbreitet sich eingehend unser Programm, das wir im Gegenatz zu den Gewohnheiten der alten Parteien den weitesten Kreisen der Wählerschaft nach Möglichkeit zugänglich machen.

„Nicht alles von oben erwarten“ soll das Volk nach einem unvergeßlichen Worte des Königs von Sachsen. Deshalb wollen wir mitten aus dem Volke Helfer schaffen zur Durchführung des oben erwähnten Kaiserl. Programms. Der Stimmzettel ist die Waffe, die dem schaffenden Volke gegeben ist, um sich seiner Bedrücker und Ausbeuter zu erwehren. Im Gegenatz zu den lauen Freunden und geheimen Feinden des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts verteidigen wir das bestehende Reichstagswahlrecht und wollen es in keiner Weise beschränkt wissen. Der Ausbau eines freien Veranmlungs- und Vereinsrechtes ist anzutreiben unter Verwerfung all der Kränkungen und Beschränkungen, wie sie nennendst von alten Parteien in selbstthätiger Sorge um die Erhaltung ihrer Machtstellung, aber ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, versucht werden.

Durchgreifende Reformen auf wirtschaftlichen Gebieten einerseits, Erhaltung wohlverworbener Volksrechte andererseits, durch die Verbindung dieser beiden Grundforderungen unterscheiden wir uns von den Parteien links und rechts.

Geint ziehen die Antifemiten, die sich früher in Reformen und Deutsch-Soziale schieden, in die Wahlschlacht. Zahlreiche Wahlkreise sind endlich in Angriff genommen. Dort, wo bindende Abmachungen für bestimmte Kandidaten unter Zusicherung unserer Parteigenossen nicht getroffen sind, richten wir an letztere das Ersuchen, bekannte Führer der Partei Wahlkandidaten aufzustellen, um zu zeigen, daß auch in diesen Kreisen der antifemittische Gedanke Wurzeln gefaßt hat.

Das Vaterland erwartet in der ersten Zeit, daß jedermann am Wahltag seine Schuldigkeit thut!

Berlin, den 6. Mai 1898.

Die Fraktion der deutsch-soz. Reformpartei.

F. A. Zimmermann. Liebermann von Sonnenberg.

Halle.

„Die Noth des Volkes und die Parteien“ war das Thema, welches am Dienstag durch den antifemittischen Kandidaten Herrn Welker in seinem Vortrage im „Prinz Carl“ behandelt wurde. Bereits beleuchtete er den Bericht der Saale-Ztg. über die letzte Veranmlung. Der Berichtshatter oder wer (?) hat den liberalen Unstimm fertig gebracht, die wissenschaftliche Unwahrscheinlichkeit den Lesern vorzuführen, so daß sich sogar der Kladderadatsch darüber wunderte. Darauf wandte sich Redner zu der konservativen Partei; er behauptete, diese heuchle die hervorgehobene Einigkeit, sie habe von einem gemeinsamen Kandidaten und behauptete, unser Vorgehen sei eine indirecte Unterstützung der Sozialdemokratie. Er verbitte sich, daß sich die Conservativen in unsere Parteisache mischen; die Behauptung, die Antifemiten wären die Vorkämpfer der Sozialdemokraten, sei nur eine Retourkutsche, das haben die Conservativen in anderen Wahlkreisen bewiesen. Die sogen. Sammelpolitik rühre von Miquel her und be-

zeigt sich auch in dem Emporkommen der